

Newsletter September 2024

Liebe Interessierte!

Der vergangene Monat hat besondere Herausforderungen mit sich gebracht: Die politische Debatte um Abschiebungen und Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts hat sich deutlich zugespitzt und ging mit kurzfristigen Ankündigungen der Asylgesetzgebung einher, die weitreichende Folgen haben werden.

Gerade in dieser Zeit ist es wichtig, Solidarität mit Schutzsuchenden zu zeigen und immer wieder deutlich zu machen, dass es sich bei vielen der jetzt in der Diskussion stehenden Rechten um grundlegende Menschenrechte handelt und ein Infragestellen unseren Rechtsstaat als solches gefährdet.

Dazu gehört, dass die Taten einiger weniger nicht für gesamte Bevölkerungsgruppen generalisiert werden dürfen und Gesetzesänderungen auf Grundlage dieser naturgemäß überwiegend unbeteiligte Menschen treffen werden, die lediglich auf der Suche nach Schutz sind.

Dass die aktuelle Diskussion derart scharf verläuft, macht es einmal mehr notwendig, dass wir alle uns, egal ob wir immer unbedingt politisch übereinstimmen, untereinander stärken und vernetzen.

Genau aus diesem Grund möchten wir euch besonders herzlich zu unserem

Offenen Plenum am 18.09.2024 um 17 Uhr

einladen, bei dem es um Reflektion und Umgang mit der derzeitigen politischen Situation und Diskussion gehen soll. Außerdem wollen wir Bündnisgruppen erweitern bzw gründen. Treffpunkt ist der Robert-Havemann-Saal im Haus der Demokratie in der Greifswalder Str. 4.

Wir freuen uns auf alle, die kommen mögen!

Solidarische Grüße

Euer Team vom Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Auszüge aus unserer Arbeit

Abschiebungen nach Afghanistan: Statement

Keine Straftat rechtfertigt in Deutschland das Abschieben von Menschen in Folter und unmenschliche Behandlung. Hierbei handelt es sich um einen klaren Völker- und EU-Rechtsbruch sowie um eine unzulässige Doppelbestrafung. Der Abschiebungsflug nach Afghanistan vom 30.08.24 ist ein Dambruch in der deutschen Außenpolitik, trägt zur Legitimation des Kabuler Unrechtsregimes bei und macht alle Beteuerungen der Bundesaußenministerin, nicht mit den Taliban zu kooperieren, zur Farce.

Gemeinsam mit den anderen Landesflüchtlingsräten haben wir ein Statement zu der erfolgten Abschiebung nach Afghanistan von 28 Straftätern verfasst.

Zum Statement geht es [hier](#).

Positionspapier: Einordnung des Attentats in Solingen am 23.08.2024

Am 23.08.2024 hat ein Mann in Solingen durch einen Messerangriff drei Menschen getötet und sechs verletzt. Daesh (IS) bekennt sich zu der Tat, der mutmaßliche Täter ist ein syrischer Staatsangehöriger, der 2022 als Geflüchteter in die EU eingereist ist. Der Flüchtlingsrat Berlin verurteilt die Tat und spricht sein Mitgefühl für die Opfer und deren Familien aus. Der aus der Tat resultierenden politischen und medialen Debatte steht der Flüchtlingsrat Berlin dennoch sehr kritisch gegenüber. Wir lehnen jegliche Generalisierungen und Rassismen gegenüber Geflüchteten, Menschen mit Migrationsgeschichte und muslimisch gelesenen Menschen ab. Die Tat einer Einzelperson lässt in keinsten Weise einen Rückschluss auf geflüchtete Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder muslimisch gelesene Menschen im Allgemeinen zu.

Zum Positionspapier geht es [hier](#).

Gemeinsam mit 26 weiteren Organisationen appellieren wir eindringlich an die Bundesregierung: Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in aktueller Asyldebatte verteidigen!

In einer Zeit von sich überbietenden rechtswidrigen Vorschlägen und populistischen Ultimaten mahnen 27 Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und juristische Organisationen alle demokratischen Parteien, für die Werte unserer Gesellschaft einzustehen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Zum Appell geht es [hier](#).

Presseerwähnungen (Auszug)

Geflüchtete in Tegel: Drei Viertel ohne Beschulung. [nd aktuell](#)

Das Geschäft mit den Geflüchteten. [Jungle.World](#)

Migrationsgipfel - Wie bewerten Flüchtlingshelfer die Debatte? [radio3](#)

Deutschland schiebt 28 Straftäter nach Afghanistan ab. [Tagesschau](#)

Flüchtlingsrat kritisiert „Kooperationen mit den Taliban“: Auch zwei Straftäter aus Berlin saßen im Abschiebeflug nach Afghanistan. [Tagesspiegel](#)

BMI legitimiert Taliban. [Junge Welt](#)

„Mit Abschiebungen werden wir solche Taten nicht verhindern“ [Berliner Morgenpost](#)

„Bundesregierung macht sich zur Komplizin der Taliban“ [Tagesspiegel](#)

Berliner Flüchtlingsrat kritisiert Kooperation mit Taliban für Abschiebungen nach Afghanistan. [Junge Welt](#)

Leben bei 35 Grad und mehr im Zimmer: In Container-Unterkünften in Berlin wird es besonders heiß. [Tagesspiegel](#)

Neuigkeiten aus dem Bereich

Dringend: Briefaktion von Pro Asyl gegen den Rechtsruck

Die Antwort vieler Politiker*innen auf steigende Umfragewerte und Wahlerfolge von Rechtsextremisten? Die Übernahme ihrer Begriffe und Forderungen. Entzug der Sozialleistungen, eine Abschiebeoffensive in Folterstaaten und Zurückweisungen (Pushbacks) auch an deutschen Grenzen: Mit dem täglichen Überbietungswettbewerb wird den Rechtsextremisten in die Hände gespielt. Damit muss Schluss sein! Schreib deshalb mit dem Pro Asyl-Tool eine Mail an die Spitzen der Bundesregierung und fordere sie auf, sich wieder an unseren Werten und Grundrechten zu orientieren, anstatt den Rechten hinterherzulaufen! Die Daten der Absender*innen werden nicht veröffentlicht.

Hier geht es zur [Aktion](#).

Hier geht es zur gleichlautenden [Petition](#).

Petition: Hände weg vom Kirchenasyl!

Im Mai stürmte die Polizei in Niedersachsen eine Kirche, um eine Abschiebung durchzuführen. In Mecklenburg-Vorpommern kam im Dezember 2023 ein bewaffnetes Sondereinsatzkommando zum Einsatz, um eine afghanische Familie aus einem Kirchenasyl abzuschieben. Auch in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz gab es Räumungen. Das ist ein Angriff auf den Schutz geflüchteter Menschen durch das Kirchenasyl. Dabei hat Kirchenasyl eine lange humanitäre Tradition und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat erklärt, dass die Behörden das Kirchenasyl als solches respektierten. Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. appelliert daher an die Innenminister*innen der Länder und die Bundesinnenministerin:

Schützen Sie Kirchenasyle vor Räumungen!

Ermöglichen Sie, dass in Härtefällen weiterhin die Möglichkeit besteht, Geflüchtete vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen!

Zur Petition geht es [hier](#).

Einbürgerungskampagne der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration

Die [Einbürgerungskampagne](#) soll den Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern. Auf der Website werden Informationen zu den Voraussetzungen für die deutsche Staatsangehörigkeit, zur Antragsstellung und zum Einbürgerungsverfahren bereitgestellt. Dazu gehören ein [Erklärvideo](#) und ein digitaler [Quick-Check](#), mit dem Interessierte überprüfen können, ob sie die Voraussetzungen grundsätzlich erfüllen. Zusätzlich gibt es eine [Broschüre](#) mit umfassenden Informationen zur Einbürgerung und zum Verfahren sowie eine Kurzversion als [Flyer](#).

Neues aus Afghanistan: Verstärkung der Gender-Apartheid

Das afghanische Talibanregime hat Ende Juli ein sogenanntes "Tugend-Gesetz" beschlossen. Teil der neuen Regelungen sind Verschleierungsvorschriften für Frauen und ein Verbot von Homosexualität. Darunter fällt auch ein Burka-Gebot, das "muslimische Frauen verpflichtet, ihr Gesicht und ihren Körper zu bedecken", wenn sie sich in Gegenwart von Männern befinden, die nicht direkt mit ihnen verwandt sind. Die weiblichen Stimmen werden als intim deklariert, weshalb ihnen verboten wird, in der Öffentlichkeit zu singen, zu rezitieren oder laut vorzulesen. Auch für Männer gelten jetzt gesetzliche restriktive Kleidungs Vorschriften und Bartpflicht. Homosexuelle Beziehungen, Ehebruch und Glücksspiel sind verboten.

Pro Asyl: Etappensieg gegen die restriktive Bezahlkarte

PRO ASYL und die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) haben gemeinsam mit einer schutzsuchenden Familie vor dem Sozialgericht Hamburg einen Erfolg gegen die restriktiven Beschränkungen der Bezahlkarte erzielt. Die Eilentscheidung des Sozialgerichts Hamburg stellt klar: Die pauschale Festsetzung des Bargeldbetrages auf 50 Euro ohne Berücksichtigung der persönlichen und örtlichen Umstände der Betroffenen ist rechtswidrig. Mit der Entscheidung ist ein Schritt mehr getan, um das menschenwürdige Leben schutzsuchender Menschen in Deutschland zu sichern. PRO ASYL und die GFF zielen derzeit mit mehreren Klagen darauf ab, die Einführung von restriktiv ausgestalteten Bezahlkarte zu stoppen, weil sie Grundrechte von Geflüchteten verletzen. Mehr Infos [hier](#).

Leitfaden zur Beratung von LSBTIQ+ Geflüchteten des Kölner Flüchtlingsrat

Der Leitfaden richtet sich an queere geflüchtete Personen, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung oder Diskriminierung suchen und deren Unterstützer*innen im professionellen oder ehrenamtlichen Kontext. Er steht in den folgenden sieben Sprachen zur Verfügung: Arabisch, Deutsch, Englisch, Farsi, Französisch, Russisch und Spanisch.

Zum Leitfaden geht es [hier](#).

Petition des Flüchtlingsrat Schleswig Holstein zu in Gaza

Im aktuellen Krieg sind über 40.000 Menschen in Palästina und über 1.200 Menschen in Israel getötet worden. Hinzu kommen mindestens 92.000 Verwundete und unzählige Vermisste sowie eine tiefe Traumatisierung. Diese Gewalteskalation muss gestoppt werden. Insbesondere die Zivilbevölkerung in Gaza leidet unter der katastrophalen Situation, verursacht durch die wiederholte Vertreibung von fast zwei Millionen Menschen in ihrem eigenen Land, die Blockade von humanitärer Hilfe, die Sperrung der Strom- und Wasserversorgung sowie ein massives Ausmaß an Zerstörung.

Hier gehts zur [Petition](#).

Gedenken an Sulti

Wir traue gemeinsam mit Sultis Familie und Freund*innen. Mit Sulti verliert Berlin und der Kampf gegen Rassismus und koloniale Strukturen einen ganz besonderen Menschen. Wir bitten wir euch, wenn ihr es könnt, mitzuhelfen, die Beerdigung in Sultis Heimat Kurdistan möglich zu machen. Hierfür ist jede Spende an Sultis Familie willkommen.

Kontoverbindung "Spenden&Aktionen"

Kampagne des Medibüros Berlin

AKKA | First Aid Argumentation-Kit Krankenversicherung für alle!

Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein international verbrieftes Menschenrecht. Niemand darf krank werden und unbehandelt bleiben, nur weil der deutsche Pass fehlt. Die Einführung einer vom Aufenthaltstitel entkoppelten Krankenversicherung, die zu unserer modernen Einwanderungs-gesellschaft passt, wäre möglich – wäre der politische Wille da! Angesichts der Dringlichkeit, einen Unterschied zu rechtsextremen und fremdenfeindlichen Positionen zu markieren, ist die Krankenversicherung für alle das gesundheitspolitische Gebot der Stunde.

Zur Kampagnenseite geht es [hier](#).

Umfrage des BumF und UNICEF

UNICEF Deutschland und der Bundesfachverband umF bitten um Mithilfe! Die beiden Organisationen haben eine Online-Umfrage gestartet, um den Zugang von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Kinder- und Jugendhilfe in Unterkünften für geflüchtete Menschen zu untersuchen. Die Umfrage hat das Ziel, Stimmen aus der Praxis zu sammeln, und richtet sich an Fachkräfte, die in Sammelunterkünften, Beratungsstellen und Jugendämtern tätig sind. Die Ergebnisse fließen in eine gemeinsame Handreichung zum Thema ein. Sie werden ergänzt durch Interviews mit Erfahrungsexpert*innen und Fachkräften.

Die Umfrage läuft bis zum 30.09.2024 und ist [hier](#) zu erreichen.

Fortbildungen

Einbürgerung und Staatsangehörigkeit: Aktuelle rechtliche Entwicklungen

Referentin: Magdalena Benavente

23.09.2024 um 18 Uhr online

In der Fortbildung werden die Reformen des Staatsangehörigkeitsgesetzes umfassend behandelt. Wir beginnen mit einer kurzen historischen und theoretischen Einordnung des Gesetzes, um ein tieferes Verständnis für seine Entwicklung und die vorgenommenen Änderungen zu ermöglichen. Anschließend beleuchten wir die aktuellen rechtlichen Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts, wobei ein besonderer Fokus auf die Voraussetzungen für eine Einbürgerung gelegt wird. Ein weiterer zentraler Bestandteil der Fortbildung ist der Austausch von Erfahrungen aus der Beratungspraxis. Die Fortbildung wird im Rahmen unseres AMIF-Projektes von der Europäischen Union gefördert.

Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Familiennachzug zu minderjährigen Geflüchteten. Besonderheiten und Rechtsmittel

Referentin: Rechtsanwältin Maria Kalin

14.11.2024 um 18 Uhr, online

Informationen folgen in Kürze. Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Veranstaltungen

Gedenkveranstaltung für die Opfer der Islamischen Republik Iran

13.09.2024 um 19 Uhr Rosa Luxemburg Stiftung

Die Veranstaltung kann leider nur auf Persisch abgehalten werden und kann aus logistischen Gründen nicht übersetzt werden.

Das Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen im Iran-Berlin e.V. und der [Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V.](#) organisieren jährlich eine Gedenkveranstaltung, um an die Massenhinrichtungen in den 1980er Jahren in der Islamischen Republik Iran sowie an die vier Oppositionellen, die in Berlin Opfer des iranischen Staatsterrors wurden, im Zusammenhang mit den Mykonos-Attentaten, zu erinnern. Politische Gefangene sind weiterhin Folter und unmenschlichen Bedingungen im islamistischen Unrechtsstaat ausgesetzt. Allein im Jahr 2023 wurden laut Amnesty International 853 Menschen hingerichtet. Bis zum 10. September 2024 sind laut Abdorrahman Boroumand Center bereits 433 Todesopfer durch den Staatsapparat hingerichtet worden, was die alarmierende Menschenrechtslage im Iran verdeutlicht. Die Zahl der politischen Insass*innen ist weiterhin nicht bekannt.

Kinofilm SAMIA - Veranstaltung mit Regisseurin Yasemin Şamdereli

14.09.2024 Berlin

Samia Yusuf Omar entdeckt mit neun Jahren, dass sie schneller laufen kann als alle anderen. Mit ihrem besten Freund Ali schmiedet sie den Plan, dank dieses Talents reich und berühmt zu werden. Doch dann bricht in Somalia der Bürgerkrieg aus und nichts ist mehr, wie es war. Samia lässt sich davon nicht aufhalten, läuft weiter ihrem Glück entgegen, in ihrer Heimat und im Exil.

[Trailer](#)

[Website](#)

Demonstration in Berlin zum zweiten Jahrestag der revolutionären Jin, Jiyan, Azadî-Bewegung

14.09.2024 um 17 Uhr am Hermannplatz

Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen rufen dazu auf, gemeinsam ein starkes Zeichen gegen patriarchale Gewalt und Unterdrückung zu setzen.

Die Bewegung „Jin, Jiyan, Azadî-Bewegung – Frau, Leben, Freiheit“ steht für einen revolutionären Aufstand gegen patriarchale Unterdrückung und staatliche Gewalt. Sie symbolisiert den entschlossenen Widerstand und den Kampf für Freiheit und Gleichheit – ein Kampf, mit dem wir uns solidarisch erklären. Das Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen im Iran-Berlin e.V., das Komitee zur Unterstützung der Demokratischen Bewegung im Iran-Berlin, die Iranian Medical Society for Human Rights and Democracy, der Verein für Iranische Flüchtlinge e.V. sowie weitere Gruppen laden dazu ein, diese Botschaft gemeinsam zu bekräftigen und Solidarität mit der iranischen Bevölkerung zu zeigen. Zeitgleich finden in zahlreichen Städten in Deutschland und Europa ähnliche Proteste gegen den repressiven iranischen Folterstaat statt.

Filmvorführung "Green Border"

21.9.2024, ab 18:00 Uhr im Sputnik Kino Kreuzberg, kostenfrei

Gemeinsam mit ProAsyl und dem RAV organisieren [Medical Volunteers International](#) eine öffentliche Vorführung des Films „Green Border“ über die Situation an den EU-

Außengrenzen, gefolgt von einer Diskussion zwischen Wiebke Judith von ProAsyl und Ewa Ostaszewska –Żuk, einer polnischen Migrationsrechtsanwältin.

Grenzüberschreitend stark für ein neues Syrien: 2. Syrian Democratic Meeting

27.09.2024, 08:00 - 14:00 Uhr, Französische Friedenskirche

Die Krise in Syrien dauert nun mehr als 13 Jahre an. Da militärische Kampfhandlungen weitgehend zum Stillstand gekommen sind, wird von einem „eingefrorenen Konflikt“ gesprochen. Das Land ist geteilt in verschiedene Zonen, in denen unterschiedliche Gruppierungen die Macht innehaben. Überall aber bestimmt weiterhin Gewalt den Alltag der Syrer*innen; die humanitäre Lage verschlimmert sich zusehends. Mit dem zweiten Kongress zur Lage in Syrien soll der Austausch demokratischer syrischer Kräfte verstärkt werden. Zur Anmeldung geht es [hier](#).

20 Jahre Frontex: Grund genug zur Abschaffung! Informationsveranstaltung

27.09.2024 um 19 Uhr im Aquarium am Kottbusser Tor

Abolish Frontext Berlin lädt zur Information und Diskussion ein. Auf der Veranstaltung zeichnen sie die Entwicklung von Frontex von 2004 bis heute nach. Dabei soll es auch um Widerstand gehen. Vor genau zehn Jahren startete das erste zivile Rettungsschiff zum Einsatz im Mittelmeer, heute ist dort eine Flotte von rund 20 Schiffen unterwegs. Auch das Alarmphone gründete sich 2014. Abolish Frontex hat die Aktivist*innen deshalb eingeladen, um über die beinahe tägliche Konfrontation mit Frontex und europäischen “Küstenwachen” zu berichten. Mehr Infos [hier](#).

Save the Date: Afghanistankonferenz

07.11.2024 Berlin

Informationen folgen.

Herbsttagung des Bundesfachverbands umF

Vom 11. bis 13. Dezember 2024 findet die jährliche Tagung unter dem Motto „Dem Rechtsruck etwas entgegen setzen!“ in Erfurt statt.

Die Arbeit mit jungen Geflüchteten ist stark geprägt von der politischen Situation, die aktuell sehr nach rechts driftet. Junge Geflüchtete werden als Gefahr gesehen, die es abzuwehren gelte, und migrationspolitische Erwägungen stellen sich vor die Kinder- und Jugendhilfe. Dies ist in der Gesetzgebung wie im gesellschaftlichen Klima spürbar, bei der Möglichkeit zur Finanzierung von Projekten und Beratungsinfrastruktur und nicht zuletzt in einem Anstieg der Rassismuserfahrungen der jungen Menschen. Der BumF will mit dieser Tagung Impulse setzen und stärken um gemeinsam auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig zu sein.

Weitere Informationen und das Anmeldeformular [hier](#).

Stellenausschreibungen

HÎNBÛN, [Sozialarbeiterinnen/-pädagoginnen](#)
Familienplanungszentrum Balance, [Sozial- und Gesundheitsberatung](#)
Migrationsrat Berlin, [Mitarbeiter*in Casemanagment](#)

Spenden an den Flüchtlingsrat Berlin e.V.



Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405, Berlin

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)